

**VERMERK**

---

Betr.:                **Synthesebericht über die Plenartagung**  
                          –        **vom 5. und 6. Dezember 2002 in Brüssel** <sup>1</sup>

---

**I.    ERÖFFNUNG DER TAGUNG**

**1.    Ausführungen des Präsidenten Prodi zu der Mitteilung der Kommission**

Der Vorsitzende Herr Giscard d'Estaing eröffnete die Plenartagung des Konvents und hieß den Präsidenten der Kommission, Herrn Romano Prodi, herzlich willkommen. Dieser erläuterte die Mitteilung der Kommission vom 4. Dezember 2002 zur institutionellen Architektur (KOM(2002) 728 endg.).

**2.    Vereinfachung der Rechtsakte und der Rechtsetzungsverfahren**

- **Aussprache über den Bericht der Gruppe IX (Vorsitz: Herr Amato)**  
          **(Dok. CONV 424/02)**

**i)    Ausführungen von Herrn Amato zu dem Bericht**

Herr Amato hob zunächst hervor, dass die Vereinfachung der Rechtsetzungsverfahren und Rechtsakte nicht nur rein technischen Charakter habe, sondern auch politische Aspekte umfasse. So gebe es unterschiedliche Beschlussfassungsverfahren, je nachdem ob sie grundlegende politische Entscheidungen beinhalteten oder nicht.

---

<sup>1</sup>        Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website  
          <http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

Was die Rechtsakte betrifft, so erklärte Herr Amato, in dem Bericht werde vorgeschlagen, ihre Anzahl von 15 auf sechs zu verringern, wobei die Unterscheidung auf der Rechtswirkung beruhe. Es handele sich dabei um:

- legislative verbindliche Rechtsakte: Gesetz und Rahmengesetz, die die derzeit geltenden Verordnungen bzw. Richtlinien ersetzen sollen. Bestimmte "Beschlüsse", die derzeit im Rahmen der so genannten ergänzenden Zuständigkeiten verabschiedet werden, würden ebenfalls die Form von "Gesetzen" annehmen;
- nicht legislative verbindliche Rechtsakte: Entscheidung und Verordnung;
- nicht verbindliche Rechtsakte: Empfehlung und Stellungnahme.

Diese Rechtsakte würden ebenfalls für die Bereiche der derzeitigen Titel V und VI des EU-Vertrags verwendet werden. So wäre der Hauptrechtsakt unter Titel V die "GASP-Entscheidung" (und der "GASP-Durchführungsbeschluss"), während in den Bereichen Justiz und Inneres Gesetze und Rahmengesetze zur Anwendung kämen.

Die so genannten atypischen Rechtsakte (Schlussfolgerungen, Entschliebungen, Mitteilungen usw.) würden zur Wahrung der Flexibilität beibehalten, aber der Rückgriff auf diese Rechtsakte müsste auf die Fälle beschränkt werden, in denen die Verwendung eines förmlichen Rechtsaktes nicht vorgesehen sei. In der Frage des offenen Koordinierungsverfahrens wies Herr Amato auf die Empfehlung der Gruppe hin, dieses Verfahren im Verfassungsvertrag zu verankern; er fügte jedoch hinzu, diese Art des konzertierten Vorgehens der Mitgliedstaaten könne nicht an die Stelle von Maßnahmen der Union in den Bereichen, in denen dieser Zuständigkeiten übertragen werden, treten.

Wie Herr Amato erklärte, hat die Gruppe sich bemüht, den Begriff des Gesetzgebungsaktes dahin gehend zu definieren, dass darin die wesentlichen Bestimmungen für einen Bereich oder neue politische Optionen enthalten sind. Dabei würde der Gesetzgeber einen gewissen Spielraum für die Auslegung dieses Begriffs behalten. Um den Gesetzgeber davon abzubringen, sich mit den technischen Aspekten und den Detailfragen eines Rechtsaktes zu befassen, sei die Idee einer neuen Art von Rechtsakt, des "delegierten Rechtsaktes", vorgebracht worden, in dem bestimmte Teile eines Gesetzgebungsaktes im Rahmen einer vom Gesetzgeber festgelegten Ermächtigung näher ausgeführt oder geändert würden. Im Prinzip würden diese delegierten Rechtsakte von der Kommission angenommen. Herr Amato fügte jedoch hinzu, dass in bestimmten Fällen, besonders solchen, die in die Zuständigkeit der etwaigen ausführenden Ratsformationen (Wirtschaft und Finanzen, auswärtige Angelegenheiten, polizeiliche Zusammenarbeit) fallen könnten, auch der Rat solche delegierten Rechtsakte annehmen könnte. Die Entscheidung über die Verwendung von delegierten Rechtsakten würde beim Gesetzgeber selbst liegen. Die Befugnisübertragung würde einer vom Gesetzgeber in dem Gesetzgebungsakt festzulegenden Kontrollregelung unterliegen.

Im Hinblick auf die Durchführungsakte wies Herr Amato darauf hin, dass diese, wenn sie zur Durchführung des "Gesetzes" auf der Ebene der Union angenommen werden müssen (und nicht von den Mitgliedstaaten, was in der Regel der Fall ist), bislang im Prinzip von der Kommission oder in bestimmten Fällen vom Rat angenommen werden (Artikel 202 EGV). Es müsste vorgesehen werden, dass sie auch von Regulierungsbehörden (Agenturen) angenommen werden können. Schließlich seien auch bestimmte Rechtsakte, die unmittelbar unter Zugrundelegung der Verträge angenommen werden, ebenfalls keine Gesetzgebungsakte (Geschäftsordnungen der Organe und Einrichtungen der Union, Ernennungen, technische Tätigkeiten der Kommission oder der Europäischen Zentralbank, Durchführung der im Vertrag enthaltenen wesentlichen politischen Entscheidungen).

Was die Verfahren betrifft, so führte Herr Amato aus, ihre scheinbar hohe Anzahl erkläre sich aus den unterschiedlichen Arten der Anhörung bestimmter Organe oder Einrichtungen. In dem Bericht werde empfohlen, dass das Mitentscheidungsverfahren allgemein auf alle Gesetzgebungsakte ausgedehnt wird und dass dabei - vorbehaltlich einiger Ausnahmen - die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat gilt. Das Verfahren der Zusammenarbeit (das derzeit vier Rechtsgrundlagen abdeckt) würde abgeschafft und je nach Fall durch das Mitentscheidungsverfahren oder das Verfahren der Stellungnahme ersetzt werden. Das Zustimmungsverfahren wäre dem Abschluss bestimmter internationaler Abkommen vorbehalten. Die Rechtsgrundlagen, die derzeit eine Stellungnahme des Europäischen Parlaments vorsehen, müssten nach Maßgabe der im Bericht festgelegten Grundsätze überprüft werden.

Herr Amato wies ferner darauf hin, dass die Gruppe in ihrem Bericht die Auffassung vertritt, dass das Mitentscheidungsverfahren im Großen und Ganzen gut funktioniert. Die Zusammensetzung des Vermittlungsausschusses könnte noch flexibler gestaltet werden, bei gleichzeitiger Erhaltung der Parität zwischen Parlament und Rat. Das Initiativmonopol der Kommission dürfte nicht in Frage gestellt werden, aber die bereits in den Artikeln 192 und 108 EGV vorgesehenen Mechanismen, nach denen das Parlament oder der Rat die Kommission ersuchen können, ihnen einen Legislativvorschlag zu unterbreiten, müssten verstärkt werden. Schließlich könnten einige Formulierungen auf sprachlicher Ebene überarbeitet werden.

Was das Haushaltsverfahren betrifft, so könnte eine Reihe von Grundsätzen für die Haushaltsbestimmungen (Grundsatz des Haushaltsausgleichs, Grundsatz des einheitlichen Haushalts, Grundsatz der Jährlichkeit, Grundsatz der Haushaltsdisziplin usw.) in die Verfassung aufgenommen werden. In dem Bericht wird ferner vorgeschlagen, das jährliche Verfahren - sofern die Ausgaben disziplin garantiert ist - zu vereinfachen, insbesondere indem die Finanzielle Vorausschau, die Ausgabenobergrenzen global und nach Rubriken aufgeschlüsselt festlegt, im Vertrag verankert würde.

Herr Amato beendete seine Ausführungen, indem er auf den Abschnitt des Berichts über die Transparenz - wo insbesondere empfohlen wird, dass die Tagungen der Organe im Rahmen ihrer gesetzgebenden Funktion öffentlich sein sollten - sowie auf den Abschnitt über die Qualität der Rechtsvorschriften hinwies.

## ii) Aussprache im Plenum

Bezüglich des allgemeinen Ansatzes des Berichts zeichnete sich ein breiter Konsens ab.

In der Frage der Vereinfachung der Rechtsakte der Union drückte die überwiegende Mehrheit der Redner ihre Zustimmung zu dem Bericht der Gruppe aus. In der Tat sprachen sich alle Redner für eine drastische Verringerung der Anzahl der Rechtsakte der Union (von 15 auf sechs) aus. Die Konventsmitglieder unterstützten ferner die Änderung der Bezeichnung der zwei wichtigsten legislativen Rechtsakte, nämlich der "Verordnung" zu "Gesetz" und der "Richtlinie" zu "Rahmengesetz"; diese Begriffe seien verständlicher für die Bürger und drückten den gesetzgebenden Charakter dieser Rechtsakte besser aus. Der Begriff "Verordnung" würde der Annahme von Durchführungsakten oder "delegierten Rechtsakten" vorbehalten sein (falls das letztgenannte Konzept vom Konvent gebilligt werde). Folglich waren alle Redner damit einverstanden, dass die Rechtsakte der Union auf folgende sechs Akte beschränkt werden: "EU-Gesetz", "EU-Rahmengesetz", "Entscheidung" (mit einer weiter gefassten Tragweite als gegenwärtig), "Verordnung", "Empfehlung" und "Stellungnahme". Darüber hinaus waren sie sich einig, dass diese Rechtsakte ebenfalls in den Bereichen, die derzeit unter die Titel V und VI EUV fallen, angewandt werden sollen.

Einige Konventsmitglieder wiesen auf die Notwendigkeit hin, "Rahmengesetze" weniger detailliert zu halten, damit die Mitgliedstaaten mehr Spielraum bei ihrer Durchführung haben.

Weitere Mitglieder des Konvents drückten den Wunsch aus, dass eine neue Art von Rechtsakt, das verfassungsergänzende Gesetz "*loi organique*", geschaffen werden sollte, das in der Hierarchie der Normen unter der Verfassung, aber über dem Gesetz stehen würde.

Die Aufnahme des offenen Koordinierungsverfahrens in den Verfassungsvertrag stieß schließlich auf einige Skepsis.

In der Frage der Hierarchie der Rechtsakte der Union zeigten sich viele Konventsmitglieder einverstanden, dass eine Hierarchie der Rechtsakte in den Vertrag aufgenommen werden solle, wobei dem "Gesetz" und dem "Rahmengesetz" die Festlegung der wesentlichen Bestimmungen oder der politischen Optionen in einem bestimmten Bereich vorbehalten bliebe. Dies würde es dem Gesetzgeber erlauben, sich auf die wirklich wesentlichen Elemente eines Bereichs zu konzentrieren und sich der Annahme von eher technisch orientierten Rechtsnormen zu entledigen, sofern er dies wünscht. Eine große Mehrheit der Redner vertrat den Standpunkt, dass solche Rechtsakte generell nach dem Mitentscheidungsverfahren angenommen werden sollten, wobei allerdings Ausnahmen vorgesehen werden müssten.

Die Ansichten über die Aufnahme einer zweiten Ebene von "delegierten" Rechtsakten in den Vertrag, die bestimmte nicht wesentliche Teile der Gesetzgebungsakte näher ausführen oder ändern würden, waren geteilt. Einige Redner unterstützten den Vorschlag der Gruppe, während andere weitere Präzisionen zu dem Konzept sowie zur Unterscheidung zwischen den delegierten Rechtsakten und den Durchführungsakten wünschten, bevor sie sich in dieser Frage äußern würden.

Einige Konventsmitglieder betonten, dass für die Fälle, in denen auf die delegierte Gesetzgebung zurückgegriffen wird, unbedingt ein "Call-back"-Mechanismus zugunsten des Gesetzgebers im Verfassungsvertrag vorgesehen werden müsste.

Es wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass den Mitgliedstaaten mehr Spielraum bei der Anwendung der Rechtsakte der Union auf nationaler Ebene eingeräumt werden müsste.

Einige Mitglieder des Konvents gingen auf die Notwendigkeit ein, Artikel 202 EGV dahin gehend zu ändern, dass im Fall der Annahme von Rechtsakten im Mitentscheidungsverfahren die Durchführungsbefugnisse durch das Parlament und den Rat übertragen werden können. Bestimmte Redner wiesen darauf hin, dass eine Vereinfachung der bestehenden Ausschüsse erforderlich wäre, falls das Instrument der delegierten Rechtsakte in den Verfassungsvertrag aufgenommen werden würde.

Was die Verfahren betrifft, so zeichnete sich breite Zustimmung zu einer allgemeinen Verwendung des Mitentscheidungsverfahrens für die Annahme von Gesetzgebungsakten ab. Allerdings betonten einige Konventsmitglieder, dass in einigen Bereichen, die für bestimmte Mitgliedstaaten besonders empfindlich seien, Ausnahmen vorgesehen werden müssten. In diesem Kontext wurden die Bereiche Soziales, Steuern und Landwirtschaft genannt. Andere Mitglieder erklärten, falls es Ausnahmen gäbe, müsste ihre Anzahl möglichst gering gehalten werden und sie müssten genau definiert sein.

Bestimmte Konventsmitglieder drückten den Wunsch aus, dass das Mitentscheidungsverfahren auf die vier Rechtsgrundlagen, für die derzeit das Verfahren der Zusammenarbeit verwendet wird, ausgedehnt werde, während andere eher das Verfahren der Stellungnahme befürworteten. Einige beantragten, dass die Zustimmung des Parlaments für den Abschluss aller internationalen Abkommen vorgeschrieben sein müsste, um die demokratische Kontrolle des internationalen Vorgehens der Union (insbesondere im Bereich der Handelspolitik) zu stärken.

Im Hinblick auf den Ablauf des Mitentscheidungsverfahrens erörterten mehrere Mitglieder die Frage der Vertretung des Rates im Vermittlungsausschuss, wobei die Meinung vorherrschte, die Bedeutung dieser Phase erfordere die Anwesenheit der Minister.

Mehrere Redner gingen ferner auf die Frage der Einstimmigkeit ein. Einige von ihnen empfahlen, diese Methode der Beschlussfassung vollständig abzuschaffen, auch im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Andere vertraten die Auffassung, dass das Einstimmigkeitserfordernis aufrechterhalten werden müsste, aber nur in absoluten Ausnahmefällen. Es wurde auch vorgeschlagen, dass die Einstimmigkeit in bestimmten Fällen durch eine verstärkte qualifizierte Mehrheit (oder "überqualifizierte" Mehrheit) ersetzt werden könnte. Einige Konventsmitglieder waren jedoch der Auffassung, dass die Einstimmigkeit in bestimmten Fällen unbedingt beibehalten werden müsse, auch wenn das Mitentscheidungsverfahren angewandt wird.

In der Frage des Haushaltsverfahrens ergab sich ein breiter Konsens im Hinblick darauf, dass die grundlegenden Prinzipien für den Haushalt der Union in einem spezifischen Artikel des Verfassungsvertrags aufgelistet werden müssten. Dagegen gab es geteilte Ansichten bezüglich der Vereinfachung des Haushaltsverfahrens, für den Fall, dass sich daraus eine Änderung des derzeitigen institutionellen Gleichgewichts ergäbe, was mehrere Redner als inakzeptabel empfanden. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass die Abschaffung der Unterscheidung zwischen obligatorischen und nicht obligatorischen Ausgaben zur Folge hätte, dass dem Rat seine Eigenschaft als letzte Instanz bei den als sensibel eingestuften Agrarausgaben aberkannt würde.

Andere Konventsmitglieder unterstützten die im Bericht enthaltenen Vorschläge zu dem jährlichen Haushaltsverfahren (vereinfachte Mitentscheidung, wobei das letzte Wort beim Europäischen Parlament liegt) unter der Bedingung, dass darin Garantien bezüglich der Ausgabenkontrolle enthalten seien. Sie verwiesen in diesem Kontext insbesondere auf in der Finanziellen Vorausschau verankerten Mechanismen der Haushaltsdisziplin, die Rechtskraft erhalten, sowie auf die Erhaltung der vorherrschenden Rolle des Rates in Bezug auf die Eigenmittel der Union und die Annahme der Vorausschau. Schließlich wünschten einige Redner, dass für die Annahme der Finanziellen Vorausschau, für den jährlichen Haushaltsplan und für das System der Eigenmittel das Mitentscheidungsverfahren gelten sollte.

Im Hinblick auf die Transparenz und die Qualität der Rechtsvorschriften wiesen mehrere Konventsmitglieder darauf hin, dass die Öffentlichkeit der Arbeit des Rates - wenn er als Gesetzgeber handelt - gewährleistet werden müsste. Andere unterstrichen die Notwendigkeit, die Qualität der europäischen Rechtsvorschriften und insbesondere die Anhörung der beteiligten Kreise zu garantieren, einschließlich der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die oft mit ihrer Durchführung beauftragt sind. Einige Mitglieder waren der Auffassung, die Verwendung von "*sunset clauses*" könnte zur Verbesserung der Qualität des legislativen Besitzstands beitragen.

### iii) Schlussfolgerungen

Zum Abschluss der Aussprache stellte der Vorsitzende fest, dass es einen Konsens bezüglich einer drastischen Verringerung der Anzahl der Rechtsakte der Union von derzeit 15 auf sechs Rechtsakte gab; diese würden Bezeichnungen erhalten, die enger an die herkömmlichen Bezeichnungen in den Mitgliedstaaten angelehnt seien, wodurch die Bürger Wirkung und Legitimität der Rechtsakte besser verstehen könnten. Dabei würde es sich um folgende Rechtsakte handeln:

- Der Gesetzgeber würde über zwei verbindliche Rechtsakte, das "Gesetz" und das "Rahmengesetz", verfügen, die die "Verordnung" und die "Richtlinie" ablösen würden und ebenfalls in den Bereichen, die unter die Titel V und VI des Vertrags über die Union fallen, verwendet würden, wobei allerdings die Besonderheiten dieser Bereiche erhalten werden müssten, falls sich dies als erforderlich herausstellt.
- Daneben würde es die "Verordnungen" und die "Entscheidungen" geben, die den von der Exekutive als delegierte Rechtsakte und Durchführungsakte angenommenen verbindlichen Rechtsakten vorbehalten wären.
- Schließlich würde es die nicht verbindlichen Rechtsakte geben, die "Empfehlungen" und die "Stellungnahmen", die ihre derzeitigen Merkmale behalten würden.

Der Vorsitzende stellte fest, dass das Konzept eines drei Ebenen umfassenden Systems von Rechtsnormen im Rahmen der Aufnahme einer Hierarchie der Rechtsnormen in den Vertrag im Allgemeinen von den Konventsmitgliedern begrüßt wurde; er unterstrich jedoch, dass bestimmte Elemente dieses Systems in der Folge noch weiter präzisiert werden müssten. In diesem Kontext würde in dem Verfassungsvertrag das Konzept des Gesetzgebungsaktes verankert werden; dieser wäre ein Rechtsakt, der unmittelbar unter Zugrundelegung des Vertrags angenommen würde und der die wesentlichen Grundsätze und die grundlegenden politischen Entscheidungen in einem bestimmten Bereich enthalten würde. Dabei würde es dem Gesetzgeber obliegen, die Tragweite eines derartigen Konzepts von Fall zu Fall zu bestimmen.

Der Vorsitzende stellte anschließend fest, dass es zu diesem Zeitpunkt keinen Konsens über die Einführung einer neuen Kategorie von Rechtsakten, den delegierten Rechtsakten, gab, die überaus technische oder detaillierte Elemente der Gesetzgebungsakte regeln und den Gesetzgeber somit entlasten und es ihm ermöglichen würden, sich auf die wesentlichen Fragen zu konzentrieren. Dabei würde es sich um Rechtsakte handeln, die in der Regel von der Kommission mittels Ermächtigung durch den Gesetzgeber angenommen würden und in denen bestimmte nicht wesentliche Elemente von Gesetzgebungsakten näher ausgeführt oder geändert würden. Dabei müsste aber die Möglichkeit vorgesehen werden, dass die Delegierung aufgehoben werden kann und der Gesetzgeber das Verfahren wieder an sich zieht. Der Vorsitzende kündigte an, dass ausführlichere Vorschläge zu dem Konzept der delegierten Rechtsakte und der Abgrenzung zu den Durchführungsakten zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt würden, damit der Konvent darüber befinden könne.

Der Vorsitzende ging sodann auf die dritte Ebene der von der Gruppe vorgeschlagenen Hierarchie der Rechtsnormen ein, die von den Durchführungsakten gebildet wird. Da diese Rechtsakte in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, können sie nur in Ausnahmefällen von den Organen der Union, in der Regel von der Kommission, nach auf der Grundlage von Artikel 202 EGV festgelegten Modalitäten (Ausschussverfahren) angenommen werden. Da ein Teil der Konventsmitglieder die Auffassung vertrat, die vorgeschlagene neue Hierarchie der Rechtsakte müsste Auswirkungen auf die Kontrollmechanismen der Kommission haben, war der Vorsitzende der Meinung, dass die Frage der Vereinfachung der Ausschüsse weiter untersucht werden müsste. Auch müsste der Wortlaut von Artikel 202 im Hinblick auf eine Berücksichtigung der Legislativbefugnisse des Europäischen Parlaments im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens überprüft werden.

Der Vorsitzende stellte fest, dass viele Konventsmitglieder den Vorschlag der Gruppe unterstützten, generell das Mitentscheidungsverfahren für die Annahme von Gesetzgebungsakten einzuführen, sofern weiterhin die Möglichkeit besteht, Ausnahmen aus verschiedenen Gründen vorzusehen. Der Vorsitzende fügte hinzu, die Ausnahmen dürften nicht zu zahlreich sein und sie müssten genau bestimmt werden.

Ferner stellte er fest, dass das Verfahren der Zusammenarbeit abgeschafft und je nach Fall durch die einfache Stellungnahme des Europäischen Parlaments oder durch die Mitentscheidung ersetzt werden müsste, und dass das Verfahren der Zustimmung der Billigung bestimmter internationaler Abkommen vorbehalten werden müsste.

Der Vorsitzende stellte außerdem fest, dass es einen Konsens bezüglich des Vorschlags der Gruppe gab, die wichtigsten Haushaltsgrundsätze in einem einzigen Artikel der Verfassung zu verankern; dazu gehörten die Jährlichkeit, die Einheitlichkeit, der Ausgleich in Einnahmen und Ausgaben, die Haushaltsdisziplin, die hinreichende Ausstattung mit Mitteln, die vorherige Annahme eines Rechtsakts zur Rechtfertigung der Ausgaben und die vollständige Finanzierung aus Eigenmitteln. Aus dem letztgenannten Grundsatz ergibt sich die Frage nach dem Verfahren für die Schaffung dieser Mittel.

Bezüglich der Vorschläge zum Haushaltsverfahren stellte der Vorsitzende jedoch Vorbehalte fest; daher müsste diese Frage - insbesondere im Hinblick auf die Ausgabenplanung - zu einem späteren Zeitpunkt vertieft werden.

Der Vorsitzende erklärte abschließend, das Präsidium werde unter Berücksichtigung der in der Aussprache vertretenen Standpunkte Vorschläge zu diesen Fragen unterbreiten und mit der Abfassung von Texten beginnen.

### **3. Darlegung des Stands der Beratungen der Gruppe VII "Außenpolitisches Handeln" durch Herrn Dehaene**

Herr Dehaene legte kurz den Stand der Beratungen der Gruppe, deren Vorsitzender er ist, dar und es folgte ein kurzer Meinungsaustausch. Der Schlussbericht der Gruppe wird in der nächsten Plenartagung des Konvents geprüft werden.

### **4. Darlegung des Stands der Beratungen der Gruppe VIII "Verteidigung" durch Herrn Barnier**

Herr Barnier stellte ebenfalls die wichtigsten Punkte vor, die in seiner Gruppe behandelt wurden, und erklärte, der Schlussbericht der Gruppe werde am 10. Dezember 2002 angenommen. Dieser Bericht werde ebenfalls auf der Tagesordnung der nächsten Plenartagung stehen. Es folgte ein kurzer Meinungsaustausch.

## **5. Bildung der Arbeitsgruppe XI "Soziales Europa"**

Der Vorsitzende kündigte die Bildung dieser Gruppe unter dem Vorsitz von Herrn Katiforis, Vertreter der griechischen Regierung, an. Die Gruppe wurde ersucht, ihren Schlussbericht Ende Januar 2003 vorzulegen, damit dieser auf der Plenartagung vom 6. und 7. Februar erörtert werden könne.

## **6. Sicherheit und Recht**

- **Aussprache über den Bericht der Gruppe X (Vorsitz: Herr Bruton)  
(Dok. CONV 426/02)**

### **i) Ausführungen von Herrn Bruton zu dem Bericht**

Herr Bruton, Vorsitzender der Gruppe X, die sich mit dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts befasst, stellte den Bericht seiner Gruppe vor (CONV 426/02). Er ging insbesondere auf die Erwartungen der Bürger in diesem Bereich ein und erklärte, diesen Erwartungen müsse auf europäischer Ebene durch tatkräftiges politisches Handeln Rechnung getragen werden. Er führte anschließend die wichtigsten in dem Bericht enthaltenen Vorschläge an, wobei er insbesondere auf folgende Punkte einging:

- die Empfehlung, die Aufteilung in Säulen abzuschaffen und die Bestimmungen über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in einem einzigen Kapitel des Vertrags zusammenzufassen;
- das Ersetzen der in Artikel 34 EUV vorgesehenen "Übereinkommen", "Rahmenbeschlüsse" und "Beschlüsse" durch "Gesetze" und "Rahmengesetze";
- die Absicht der Gruppe, das Mitentscheidungsverfahren und die qualifizierte Mehrheit auf die größtmögliche Anzahl von Bereichen auszudehnen, da das Prinzip der Einstimmigkeit - insbesondere nach der Erweiterung - mit Sicherheit zu Blockierungen sowie zu einer Verwässerung des Inhalts der Rechtsakte führen würde;
- die Angleichung der Tatbestandsmerkmale und Strafen in bestimmten Bereichen des materiellen Strafrechts und des Strafverfahrensrechts;
- die Notwendigkeit, den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen (im Bereich des Straf- und Zivilrechts) in der Verfassung zu verankern;

- die Absicht eines Teils der Gruppe, das Mitentscheidungsverfahren und die qualifizierte Mehrheit auch auf Maßnahmen der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen - für den Teil des Familienrechts, der die elterliche Verantwortung betrifft - anzuwenden;
- bestimmte Maßnahmen zur Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente in diesem Bereich.

## **ii. Aussprache im Plenum**

Rund vierzig Konventsmitglieder (s. beiliegende Liste) nahmen an der Aussprache teil, die diesen Ausführungen folgte. Insgesamt fanden die im Bericht der Gruppe präsentierten Analysen und Vorschläge die Zustimmung der meisten Redner. Zahlreiche Konventsmitglieder äußerten sich zu Beginn ihres Wortbeitrags zufrieden über die erzielten Ergebnisse und die Vorschläge der Gruppe.

Die beiden "goldenen Regeln" oder Grundprinzipien, die die Gruppe in ihrem Bericht vorschlägt, wurden positiv aufgenommen. Die große Mehrheit der Gruppe sprach sich für die Einbeziehung der Bestimmungen der "dritten Säule" in einen gemeinsamen allgemeinen Rahmen aus. Einige Konventsmitglieder forderten, alle Bestimmungen zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sollten in einem einzigem Kapitel des Vertrags zusammengefasst werden. Darüber hinaus besteht breiter Konsens darüber, dass es von Vorteil wäre, die gesetzgeberische Tätigkeit von der operativen Zusammenarbeit in diesem Bereich zu trennen.

Die Empfehlungen des Berichts zur Asyl-, Einwanderungs-, Grenzkontroll- und Visapolitik - insbesondere die Festlegung allgemeinerer rechtlicher Grundlagen, die Anwendung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit und der Mitentscheidung sowie die Verankerung eines allgemeinen Solidaritätsprinzips unter den Mitgliedstaaten - fanden Zustimmung bei der großen Mehrheit der Redner. Einige Konventsmitglieder forderten zudem eine ausdrückliche Rechtsgrundlage, die gestatten würde, einen Rechtsstatus für seit längerer Zeit in der Union lebende Personen aus Drittländern zu schaffen. Ein Konventsmitglied betonte, die Zuständigkeit der Union in der Einwanderungspolitik dürfe sich nicht auf den Zugang zum Arbeitsmarkt erstrecken.

Bezüglich der justiziellen Zusammenarbeit im Zivilrecht verwies eine Reihe von Rednern nachdrücklich auf die Notwendigkeit, Fortschritte bei der Anwendung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit und der Mitentscheidung bei der Zusammenarbeit im Familienrecht, oder zumindest bei bestimmten Aspekten dieses Rechts wie etwa der elterlichen Verantwortung zu machen. Andere meldeten diesbezüglich Vorbehalte an. Ein Mitglied des Konvents sprach sich dafür aus, der Rat solle einstimmig bestimmen, auf welche Aspekte dieses Verfahren Anwendung findet. Einige Mitglieder des Konvents forderten zudem eine Ausweitung der Rechtsgrundlage im Bereich des Zivilrechts durch Abkopplung vom reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts und/oder der Voraussetzung einer grenzüberschreitenden Auswirkung.

Nahezu alle Konventsmitglieder befürworteten die Reform der Rechtsakte und die Ersetzung der in Artikel 34 EUV vorgesehenen Rechtsakte durch "Gesetze" und "Rahmengesetze". Einige wenige meldeten jedoch Zweifel an, ob diese Instrumente unverändert in allen Bereichen, die diese Säule derzeit umfasst, zur Anwendung gebracht werden könnten, bzw. plädierten dafür, die Richtlinien (oder Rahmengesetze) sollten keine direkte Wirkung haben.

Die Empfehlungen der Gruppe für mehr Genauigkeit bei den Rechtsgrundlagen des Vertrags im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit im Strafrecht fanden breite Zustimmung. Die Verankerung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung straf- und zivilrechtlicher Entscheidungen im Vertrag wurde allgemein begrüßt; zugleich betonten zahlreiche Redner, dass gemeinsame Mindestnormen (bzw. laut einigen Konventsmitgliedern vielmehr ein "gemeinsamer Sockel") im Hinblick auf eine Angleichung des materiellen Strafrechts und des Strafprozessrechts in bestimmten Bereichen notwendig seien. Mehrere Konventsmitglieder verwiesen im Übrigen nachdrücklich auf die Bedeutung gemeinsamer Standards bezüglich der Rechte von Einzelpersonen in Strafrechtsverfahren - über die von der EMRK garantierten und in der Charta zum Ausdruck kommenden Rechte hinaus.

Einige Konventsmitglieder plädierten für die Möglichkeit einer weiter gehenden Angleichung im Bereich des materiellen Strafrechts als sie von der Gruppe in ihrem Bericht vorgeschlagen wird, und wandten sich gegen ein striktes Kriterium der "grenzüberschreitenden Dimension" bzw. eine nur einstimmig zu ändernde "Liste von Straftaten". Andere machten jedoch deutlich, nur eine genaue Abgrenzung der Zuständigkeiten wie sie im Bericht dargelegt wird, insbesondere mit Hilfe einer im Vertrag aufgeführten "Liste von Straftaten", mache in diesen Bereichen eine Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit möglich.

Die große Mehrheit der Redner unterstrich die Notwendigkeit, in den Bereichen der heutigen "dritten Säule" die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit und die Mitentscheidung zur Regel zu machen und das Prinzip der Einstimmigkeit nur noch in Ausnahmefällen gelten zu lassen. Die von der Gruppe vorgelegte genaue Beschreibung der Bereiche, bei denen fortan mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden könnte oder die weiterhin Einstimmigkeit erfordern würden, betrachteten zahlreiche Redner als gelungenen Kompromiss bzw. als gute Arbeitsgrundlage, auch wenn einige in Bezug auf den einen oder anderen Bereich Vorbehalte anmeldeten bzw. auf die Notwendigkeit einer eingehenderen Prüfung verwiesen. Ein Mitglied des Konvents zeigte sich bereit, die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit zu akzeptieren, äußerte jedoch Vorbehalte in Bezug auf die Mitentscheidung. Ein anderes Konventsmitglied plädierte für eine Übergangszeit bei der Umstellung auf die qualifizierte Mehrheit und vertrat die Ansicht, eine Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Polizeiamts (Europol) müsse einstimmig beschlossen werden. Einige Konventsmitglieder verwiesen auf die Gefahr einer Blockade, die es nach der Erweiterung vollkommen unmöglich machen würde, in den weiterhin vom Einstimmigkeitsprinzip beherrschten Bereichen überhaupt noch Rechtsvorschriften zu erlassen, und schlugen deshalb vor, das System mit Hilfe einer verstärkten qualifizierten Mehrheit flexibler zu gestalten.

Was das Initiativrecht in den Bereichen der "dritten Säule" betrifft, begrüßte eine Reihe von Diskussionsteilnehmern den Vorschlag der Gruppe, gemeinsame Initiativen mehrerer Mitgliedstaaten ab einer bestimmten Zahl zuzulassen. Einige Mitglieder des Konvents bezweifelten jedoch die Zweckmäßigkeit eines Initiativrechts der Mitgliedsstaaten in den Rechtsbereichen, in denen das Prinzip der Mitentscheidung gilt. Sie sprachen sich für eine Bestimmung aus, die die Kommission verpflichten würde, eine Begründung abzugeben, wann immer sie einer Aufforderung des Rates oder des Parlaments zur Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlags nicht nachkommt.

Der Vorschlag der Gruppe, der Kommission das Recht zu verleihen, als "Hüterin der Verträge" in allen Bereichen Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wurde allgemein begrüßt, ebenso wie der Vorschlag, die Mechanismen gegenseitiger Bewertung ("Peer Review") stärker zu nutzen (denen nach Auffassung einiger Mitglieder besondere Bedeutung zukommt, zumal wenn es darum geht, die gegenseitige Anerkennung strafrechtlicher Entscheidungen auszubauen).

Einige Konventsmitglieder betonten die Bedeutung der Außenbeziehungen in der Justiz- und Innenpolitik. Ein Mitglied des Konvents forderte die Gruppe "Außenpolitisches Handeln" auf, über die Möglichkeit nachzudenken, den Mitgliedstaaten in diesen Bereichen einen angemessenen Freiraum für außenpolitisches Handeln zu gewähren.

Eine große Mehrheit der Konventsmitglieder war der Ansicht, die allgemein für den Gerichtshof geltenden Regeln sollten auch in den Bereichen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts Anwendung finden. Einige Konventsmitglieder stimmten dem im Prinzip zu, sprachen sich jedoch trotz Abschaffung der Säulen dafür aus, die Zuständigkeit des Hofes weiterhin zu begrenzen, wenn es um polizeiliche Maßnahmen und die öffentliche Ordnung / innere Sicherheit betreffende Maßnahmen einzelstaatlicher Behörden geht (vgl. Artikel 35 Absatz 5 EUV). Andere begrüßten die Vorschläge der Gruppe, machten jedoch auf die Arbeitsbelastung aufmerksam, die sich daraus in bestimmten Bereichen, wie etwa dem Asyl, für den Hof ergeben könnte; dementsprechend forderten sie, das Thema Reform des Gerichtshofs in die Konventsdebatte über die Institutionen einzubeziehen.

Was die operativen Aspekte betrifft, hielten die meisten Diskussionsteilnehmer die derzeitige Situation für nicht zufrieden stellend und zeigten sich erfreut über die Vorschläge der Gruppe in ihrem Bericht.

Die Aussicht auf die Annahme eines mehrfährigen Aktionsprogramms durch den Rat oder den Europäischen Rat wurde von zahlreichen Mitgliedern des Konvents begrüßt, auch wenn einige diesbezüglich Zweifel anmeldeten.

Der Vorschlag, gestützt auf Artikel 36 EUV eine verstärkte Koordinierungsstruktur beim Rat zu schaffen, die das gesamte Operationsspektrum im Bereich Polizei und Sicherheit (polizeiliche Zusammenarbeit, Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen Europol und Eurojust, "Peer Review", Katastrophenschutz) abdecken würde, wurde positiv aufgenommen. Ein Konventsmitglied war der Auffassung, hierbei handle es sich lediglich um einen Schritt in die richtige Richtung; sinnvoll sei es, einen Verantwortlichen oder hohen Vertreter für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts einzusetzen.

Beim Thema Europol erklärten sich zahlreiche Konventsmitglieder damit einverstanden, dass die Zuständigkeiten von Europol durch Einführung einer neuen Rechtsgrundlage im Vertrag in angemessener Weise festgelegt werden. Einige äußerten den Wunsch, Europol solle unter bestimmten Bedingungen auf dem gesamten Gebiet der Mitgliedstaaten konkrete Ermittlungs- und Handlungsbefugnisse erhalten und eine Weiterentwicklung seines Statuts und seiner Arbeitsweise solle mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden können. Andere meldeten Vorbehalte an. Wiederholt wurde die Frage der demokratischen Kontrolle Euopols angeschnitten, wobei sich mehrere Redner zufrieden über die Aussicht auf eine bessere Kontrolle durch das Europäische Parlament äußerten. Andere waren der gleichen Ansicht, forderten jedoch, diese demokratische Kontrolle auf die nationalen Parlamente auszuweiten, und betrachteten den Vorschlag der Gruppe, die nationalen Parlamente in die Prüfung der Jahresberichte Euopols einzubeziehen, als unzureichend.

Was den Schutz der Außengrenzen betrifft, hielten es zahlreiche Redner für wünschenswert, schrittweise zu einem echten gemeinsamen, integrierten System zu gelangen. Ein Mitglied des Konvents merkte an, durch Pilotprojekte in bestimmten Bewerberländern sei der Prozess bereits in Gang gesetzt. Mehrere Redner unterstrichen die Notwendigkeit der Solidarität, auch im finanziellen Bereich, der Mitgliedstaaten untereinander.

Zahlreiche Konventsmitglieder befürworteten die Vorschläge der Gruppe bezüglich Eurojust, insbesondere den, eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen. Sie äußerten den Wunsch, Eurojust möge über entsprechende Mittel für seine zukünftige Entwicklung verfügen.

Im Zusammenhang mit dem Thema Eurojust setzten sich die Mitglieder des Konvents eingehend mit der Frage nach einem europäischen Staatsanwalt oder einer europäischen Staatsanwaltschaft auseinander. Einige lehnten jegliche Entwicklung in diese Richtung prinzipiell ab. Sie gaben insbesondere zu bedenken, die unterschiedlichen Rechtssysteme einzelner Mitgliedstaaten mache es schwierig, einen europäischen Staatsanwalt oder eine europäische Staatsanwaltschaft in Betracht zu ziehen. Andere plädierten dafür, Eurojust solle einen europäischen Staatsanwalt vorwegnehmen. Einigen Rednern zufolge sollte eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, die eine solche Entwicklung vorsehen oder gestatten würde. Einige waren der Ansicht, Entscheidungen hierüber sollten mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Sie betrachteten die Schlussfolgerungen des Berichts der Gruppe in diesem Zusammenhang als zu vorsichtig. Mehrere Redner betonten, ein solcher Staatsanwalt, würde er eingesetzt, dürfe nur für die Wahrung der finanziellen Interessen der Union verantwortlich sein; andere hingegen vertraten die Ansicht, seine Zuständigkeit solle weiter gefasst sein und sich auch auf andere schwere Straftaten erstrecken.

Von den horizontalen Fragen, die der Bericht aufwirft, wurde die Frage der Rolle der nationalen Parlamente am häufigsten angesprochen. Alle Redner, die zu diesem Thema Stellung nahmen, betonten die besondere Verantwortung der nationalen Parlamente für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Einige Mitglieder des Konvents hielten die im Bericht enthaltenen Vorschläge für angemessen, andere hingegen hielten sie für unzureichend.

Die Frage nach "Opt-in" bzw. "Opt-out"-Mechanismen fand kaum Erwähnung, wenn es nicht darum ging, sie in einem größeren Zusammenhang in Betracht zu ziehen, wie der Bericht im Übrigen nahe legt.

Nach den Wortbeiträgen der Redner beantwortete Herr Bruton eine Reihe von Fragen bzw. erläuterte einige Punkte, sodann der Vorsitzende des Konvents das Fazit der Diskussion.

### **iii. Schlussfolgerungen**

Der Vorsitzende zeigte sich erfreut über die insgesamt positive Aufnahme der Arbeitsergebnisse der Gruppe. Er betonte die Bedeutung des behandelten Themas und der in diesem Bereich vorgeschlagenen Fortschritte. Er hielt fest, dass folgende Punkte breite Zustimmung fanden:

- Verschmelzung der derzeit in Titel VI des EUV enthaltenen Bestimmungen mit denen des EG-Vertrags. Diese Verschmelzung würde gestatten, auf die dritte Säule zu verzichten.
- Ersetzen der "Übereinkommen", "Rahmenbeschlüsse" und "Beschlüsse" durch "Gesetze" und "Rahmengesetze".
- Bei der Gesetzgebung soll das Normalverfahren das Mitentscheidungsverfahren sein, wobei der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließt. Die im Bericht aufgeführte Liste von Rechtsakten ist als innerhalb der Gruppe erzielter Kompromiss eine gute Grundlage für die zukünftige Arbeit.
- Verankerung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung (straft- und zivilrechtlicher) gerichtlicher Entscheidungen in der Verfassung.
- In den Bereichen Visa, Asyl und Einwanderung soll die Union nach dem Mitentscheidungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit handeln; im Vertrag soll das Solidaritätsprinzip festgehalten werden.
- Die Verfassung sollte angemessene Rechtsgrundlagen enthalten, die präziser als die gegenwärtigen sein sollten, um eine gewisse Angleichung des materiellen Strafrechts und des Strafprozessrechts zu gestatten. Eine Liste der Straftaten - bei denen eine Angleichung der nationalen Vorschriften erfolgen könnte - soll unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Schwere und möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen erstellt werden.
- Die Rolle der Kommission soll gestärkt werden, vor allem durch die Möglichkeit, beim Gerichtshof zu klagen, falls ein Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.
- Im Zivilrecht müssen in den Bereichen Fortschritte gemacht werden, die grenzüberschreitende Auswirkungen haben.
- Im operativen Bereich soll die Arbeit im Rat besser koordiniert werden. Europol und Eurojust sollen in dem von der Gruppe befürworteten Sinne gestärkt werden.

Was schließlich die mögliche Einsetzung eines europäischen Staatsanwalts oder einer europäischen Staatsanwaltschaft betrifft, stellte der Vorsitzende unterschiedliche Auffassungen fest und sprach sich für eine eingehendere Behandlung des Themas aus.

Abschließend fasste der Vorsitzende zusammen, der Konvent werde auf der Grundlage von Vorschlägen für Artikel, die ihm vom Präsidium vorgelegt werden sollen, auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zurückkommen.

## **II. NÄCHSTE TAGUNG DES KONVENTS**

Der Vorsitzende kündigte an, die nächste Sitzung des Konvents werde am Freitag, den 20. Dezember ab 9.30 Uhr stattfinden. Sie sei der Prüfung der Berichte der Gruppen VII "Außenpolitisches Handeln" und VIII "Verteidigung" gewidmet.

---

## Plenartagung 5. - 6. Dezember 2002

**LISTE DER REDNER****in der Reihenfolge der Beiträge**

2. **Vereinfachung der Rechtsinstrumente und Verfahren**  
**– Aussprache über den Bericht der Gruppe IX unter Vorsitz von Herrn AMATO**  
**(Dok. CONV 424/02)**

Valéry GISCARD d'ESTAING, Vorsitzender  
Herr Giuliano AMATO, Stellvertretender Vorsitzender  
Herr Gijs de VRIES - Niederlande (Regierung)  
Herr Klaus HÄNSCH - Europäisches Parlament  
Herr Louis MICHEL - Belgien (Regierung)  
Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament  
Herr Panayotis IOAKIMIDIS - Griechenland (Regierung)  
Herr Lamberto DINI - Italien (Parlament)  
Herr Dominique de VILLEPIN - Frankreich (Regierung)  
Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament  
Herr Alfonso DASTIS - Spanien (Regierung)  
Herr Ivan KORCOK - Slowakische Republik (Regierung)  
*(Blaue Karten: Stuart, Rack, Kauppi, Tomlinson)*  
Herr Paolo PONZANO - Kommission  
Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)  
Herr Carlos CARNERO - Europäisches Parlament  
Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)  
Herr Joachim WUERMELING - Europäisches Parlament  
Herr Michael ATTALIDES - Zypern (Regierung)  
Herr Diego LOPEZ GARRIDO - Spanien (Parlament)  
Herr Wolfgang SENFF - Deutschland (Parlament)  
Herr Henning CHRISTOPHERSEN - Dänemark (Regierung)  
*(Blaue Karten: Heathcoat Amory, Einem, Speroni)*  
Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament  
Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)  
Herr Valdo SPINI - Italien (Parlament)  
Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)  
Herr Dick ROCHE - Irland (Regierung)  
Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament  
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)  
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament  
Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)  
Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)  
Herr Guilherme d'OLIVEIRA MARTINS - Portugal (Parlament)  
Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament  
Herr Matti VANHANEN - Finnland (Parlament)  
Herr Ernâni LOPES - Portugal (Regierung)  
Herr Jozef OLEKSY - Polen (Parlament)  
Herr Jan KOUHOUT - Tschechische Republik (Regierung)  
Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament  
Frau Lena HJELM-WALLÉN - Schweden (Regierung)

Herr Jan FIGEL - Slowakische Republik (Parlament)  
Frau Liia HÄNNI - Estland (Parlament)  
Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)  
Herr Michael FRENDON - Malta (Parlament)  
Herr Aloiz PETERLE - Slowenien (Parlament)  
Frau. Danuta HÜBNER - Polen (Regierung)  
Frau Claude DU GRANDRUT - Beobachter

6. **Sicherheit und Justiz**  
**- Aussprache über den Bericht der Gruppe X unter Vorsitz von Herrn BRUTON**  
**(Dok. CONV 426/02)**

Valéry GISCARD d'ESTAING, Vorsitzender  
Herr John BRUTON, Vorsitzender der Gruppe X  
Herr Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)  
Herr Alfonso DASTIS - Spanien (Regierung)  
Herr Antonio TAJANI - Europäisches Parlament  
Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)  
Frau Pascale ANDREANI - Frankreich (Regierung)  
Herr Antonio VITORINO - Kommission  
Frau Marietta GIANNAKOU - Griechenland (Parlament)  
Herr Diego LOPEZ GARRIDO - Spanien (Parlament)  
Herr Gijs de VRIES - Niederlande (Regierung)  
Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)  
Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)  
*(Blaue Karten: Speroni, McCormick, Spini)*  
Herr William ABITBOL - Europäisches Parlament  
Herr Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)  
Herr Jan KOUHOUT - Tschechische Republik (Regierung)  
Herr Valdo SPINI - Italien (Parlament)  
Herr David HEATHCOAT-AMORY - Vereinigtes Königreich (Parlament)  
Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)  
Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament  
Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)  
Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament  
Baroness SCOTLAND of ASTHAL - Vereinigtes Königreich (Regierung)  
Herr Filadelfio BASILE - Italien (Parlament)  
Herr Yasar YAKIS - Türkei (Regierung)  
Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)  
Herr Dick ROCHE - Irland (Regierung)  
Frau Pervenche BERÈS - Europäisches Parlament  
Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)  
Herr Jacques FLOCH - Frankreich (Parlament)  
Frau Androula VASSILIOU - Zypern (Parlament)  
*(Blaue Karten: Duff, Stuart)*  
Frau Elena PACIOTTI - Europäisches Parlament  
Frau Genowefa GRABOWSKA - Polen (Parlament)  
Herr Ernâni LOPES - Portugal (Regierung)  
Herr Antti PELTOMÄKI - Finnland (Regierung)  
Herr Mihael BREJC - Slowenien (Parlament)